

liarden Euro platzieren. Innerhalb von drei Jahren steigt der Finanzierungsbedarf auf über 600 Milliarden Euro. Die einstmals billig aufgenommenen Kredite hat der Staat dann durch neue, teurere zu ersetzen. Jeder Prozentpunkt mehr kostet mittelfristig 20 Milliarden Euro zusätzlich.

Schon heute muss Italien etwa fünf Prozent seines gesamten Bruttoinlandsprodukts für Zinsen auf Staatspapiere ausgeben. Wenn der Anteil steigt, wird es immer schwieriger, die enorme Schuldenlast zu schultern. Dann hilft nur noch eins, um die Staatsfinanzen zu sichern: eisern sparen.

Doch dazu ist Italiens Regierung unter Ministerpräsident Silvio Berlusconi nicht bereit oder in der Lage. Ein paar Maßnahmen wie den Verkauf staatseigener Immobilien hat die Regierung vorige Woche zwar beschlossen. Aber der „Miniplan“, so die Wirtschaftszeitung „Il Sole 24 Ore“, könne kaum etwas bewirken. Und selbst dessen Realisierung stehe in den Sternen, denn vermutlich bringe Berlusconi nicht einmal mehr dafür eine Parlamentsmehrheit hinter sich. Es herrsche Chaos in der Koalition, so das Wirtschaftsblatt (siehe auch Seite 106).

Solange Italien mit seinem gigantischen Schuldenberg politisch unzuverlässig bleibt, steigt die Sorge, die drittgrößte Wirtschaftsnation in Euro-Land könne zu einem zweiten „Fall Griechenland“ werden. Auch unter den Regierungschefs der großen Wirtschaftsnationen verbreitet sich die Angst, und so nutzten sie das G-20-Treffen in der vergangenen Woche, um die Italiener in die Mangel zu nehmen. Am Donnerstagvormittag versuchten Finanzminister Schäuble sowie sein französischer Amtskollege François Baroin, ihren italienischen Kollegen Giulio Tremonti zu weiteren Sparaktionen zu bewegen.

Mittags saß die Runde wieder beisammen. Dieses Mal stieß auch der amerikanische Finanzminister Timothy Geithner dazu. Das Trio verlangte, Italien müsse sich bereit erklären, seine Reformen und seinen Staatshaushalt künftig vom Internationalen Währungsfonds (IWF) überwachen zu lassen. Tremonti wies das empört zurück. So etwas widerfährt normalerweise nur Dritte-Welt-Ländern, die auf Hilfe der Washingtoner Organisation angewiesen sind.

Dennoch beharrten Franzosen und Deutsche darauf, denn sie misstrauen der Kontrolle durch die EU-Kommission. Sie argwöhnen, dass es Kommissionspräsident José Manuel Barroso mit Rücksicht auf sein ebenfalls angeschlagenes Heimatland Portugal bei der Überwachung der Finanz- und Wirtschaftspolitik nicht so genau nimmt. Deshalb sei die Aufsicht durch eine unabhängige Organisation wie den IWF umso wichtiger. Am Abend



Wirtschaftswissenschaftler Sinn: „Da muss man durch“

„Dann scheint die Sonne“

Der Ökonom Hans-Werner Sinn, 63, über eine mögliche Wiedereinführung der Drachme in Griechenland

SPIEGEL: Herr Sinn, die Griechen haben das Referendum abgesagt, sie wollen den Euro behalten und sich von Europa retten lassen. Können wir jetzt aufatmen?

Sinn: Was die Politiker als Rettung bezeichnen, rettet Griechenland in Wahrheit nicht. Mit dem Euro kommen die Griechen nie wieder auf einen grünen Zweig. Ihr Land ist nicht konkurrenzfähig. Die Löhne und Preise sind viel zu hoch, und die Retterei fixiert diesen Zustand. Es ist deshalb im Interesse Griechenlands, aus dem Euro auszusteigen und die Drachme wieder einzuführen.

SPIEGEL: Wie soll das funktionieren?

Sinn: Es muss schnell gehen. Die griechischen Banken müssen für eine Woche geschlossen werden. Es werden alle Konten, alle Bilanzen und auch die Staatsschulden auf Drachme umgestellt, und dann wertet die Drachme ab.

SPIEGEL: Jeder Grieche würde versuchen, noch schnell sein Konto zu räumen. Es würde zu Tumulten kommen.

Sinn: Da muss man durch. Es gibt ein lokales Gewitter, und dann scheint wieder die Sonne. Die reichen Griechen haben ihr Geld doch längst im Ausland in Sicherheit gebracht. Das Geld kommt erst wieder zurück, wenn Griechenland seine Wettbewerbsfähigkeit wiederhergestellt hat.

SPIEGEL: Welcher Wechselkurs soll zwischen Euro und Drachme gelten?

Sinn: Wenn Griechenland um 44 Prozent abwertet, ist es so teuer wie die

Türkei. Die griechischen Produkte lassen sich dann wieder verkaufen, und die Touristen kommen zurück.

SPIEGEL: Das Geld, das ausländische Banken und Staaten den Griechen geliehen haben, wäre weg. Ist ein solcher Schaden verkraftbar?

Sinn: Die Gläubiger würden die Hälfte ihres Geldes verlieren, aber das haben sie ja ohnehin schon akzeptiert. Mehr wird es nicht.

SPIEGEL: Und die europäischen Staaten? Welchen Schaden hätten sie?

Sinn: Wirtschaftlich hätten sie eher Vorteile. Die Geberländer müssen weniger helfen, weil Griechenland sich selbst hilft. Es wird für sie erheblich billiger, zumal auch die anderen Staaten, die über ihre Verhältnisse gelebt haben, den Ernst der Lage begreifen und endlich versuchen werden, sich zu retten.

SPIEGEL: Glauben Sie im Ernst, die Griechen könnten es mit einer schwachen eigenen Währung schaffen, ihren Zahlungsverpflichtungen in Euro nachzukommen?

Sinn: Nur wenn sie aus dem Euro austreten, können sie Außenhandelsüberschüsse erwirtschaften. Und nur dann können sie etwas zurückzahlen. Sonst bleiben sie ewig am Tropf.

SPIEGEL: Wenn Griechenland aus dem Euro aussteigt, wer folgt dann als Nächster?

Sinn: Portugal ist gefährdet. Italien kann es schaffen, wenn es seine Reformen nicht nur ankündigt, sondern auch durchführt.

INTERVIEW: ALEXANDER NEUBACHER